

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 93

FREITAG, DEN 22. NOVEMBER

2013

## Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans .....	2189	Öffentliche Zustellung .....	2191
Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms .....	2190	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Altona-Altstadt 60 .....	2191
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht .....	2190	Änderung von Wochenmärkten .....	2191
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht .....	2190	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche .....	2191
		Vierte Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Oper der Hochschule für Musik und Theater Hamburg .....	2192

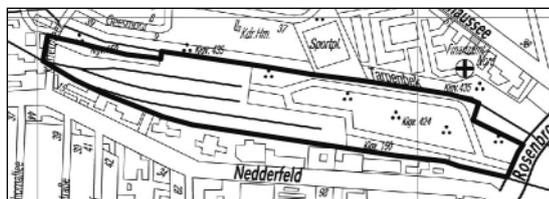
## BEKANNTMACHUNGEN

### Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen und Grünflächen südlich der Tarpenbek und westlich des Rosenbrooks in Groß Borstel“ gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 10/12)

Geltungsbereich südlich der Tarpenbek und westlich des Rosenbrooks, nördlich der Güterumgehungsbahn und östlich der Straße Kellerbleek im Stadtteil Groß Borstel (F 10/12 – Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 406).



Der Bereich der Flächennutzungsplanänderung soll städtebaulich wie folgt neu geordnet werden:

Die bisherige Darstellung im Flächennutzungsplan ist durch die Aufgabe der Güterbahnhofsnutzung hinfällig. Es werden daher folgende Änderungen im Flächennutzungsplan vorgenommen:

Etwa die Hälfte des Änderungsbereiches soll der Entwicklung von Wohnbauflächen zugeführt werden. Mit der Schaffung von etwa 750 Wohnungen soll ein Beitrag zum Wohnungsbauziel der Stadt Hamburg geleistet werden und

in innenstadtnaher Lage ein attraktives Angebot für Wohnungssuchende geschaffen werden.

Entlang der Güterumgehungsbahn wird erforderlicher Lärmschutz voraussichtlich in Form eines Lärmschutzwalls errichtet. Diese privaten Grünflächen werden im FNP als Wohnbauflächen dargestellt, da sie keine übergeordneten Grünfunktionen aufweisen. Die übrigen Flächen werden als Grünflächen dargestellt. Zudem werden Teile der dargestellten Freiflächen als öffentliche Freiflächen geplant und damit das Angebot an Naherholungsflächen im Stadtteil Groß Borstel erhöht.

Entsprechend den dargestellten Zielen sollen im Flächennutzungsplan dargestellte „Flächen für Bahnanlagen“ in „Wohnbauflächen“ und „Grünflächen“ geändert werden.

Korrigierend wird die Straße Rosenbrook die Darstellung „Sonstige Hauptverkehrsstraßen“ erhalten.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 2. Dezember 2013 bis zum 3. Januar 2014 während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Technisches Rathaus, Kümmellstraße 6, VI Obergeschoss, 20249 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Stadt- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter.

Darüber hinaus sind folgende Gutachten und Untersuchungen verfügbar:

- Artenschutzfachliche Untersuchung.
- Städtebaulich-freiraumplanerisches Gutachterverfahren.
- Lärmtechnische Untersuchung.

- Untersuchung zur künftigen Versickerung des Oberflächenwassers.
- Verkehrsuntersuchung.
- Ermittlung und Bewertung des Baumbestandes sowie Ermittlung der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung.

Außerdem liegen umweltrelevante Stellungnahmen zu den Themenbereichen Natur- und Artenschutz, Altlasten, Bodenbelastungen, Lärmschutz, Festsetzung von Grünflächen, Entwässerung, Kleingärten, Belange der Landwirtschaft, Erschließung, Schutz der Oberflächengewässer, Dachbegrünung, Abwasser, Kampfmittelverdachtsflächen und Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen und Landschaft vor.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans ohne umweltbezogene Informationen kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Erdgeschoss, Raum D.01.272, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 9. September 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

Amtl. Anz. S. 2189

## Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms

Der auf Grund von § 4 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG) vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), geändert am 23. Dezember 2011 (HmbGVBl. 2012 S. 3), erstellte Entwurf einer Änderung des Landschaftsprogramms (Änderungsverfahren L 10/12) „Wohnen und Grünflächen südlich der Tarpenbek und westlich des Rosenbrooks in Groß Borstel“ im Geltungsbereich südlich der Tarpenbek und westlich des Rosenbrooks, nördlich der Güterumgehungsbahn und östlich der Straße Kellerbleek im Stadtteil Groß Borstel (F 10/12 – Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 406) wird mit Beschluss, Erläuterungsbericht und Karten nach § 5 Absatz 2 HmbBNatSchAG in der Zeit vom 2. Dezember 2013 bis zum 3. Januar 2014 während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Technisches Rathaus, Kummellstraße 6, VI. Obergeschoss, 20249 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Unter Beachtung des Flächennutzungsplans wird im Landschaftsprogramm der Bereich vom Milieu „Gleisanlage, oberirdisch“ in die Milieus „Etagenwohnen“ und „Parkanlage“ geändert. Als Hinweis auf verbleibende Alttablagerungen wird der Bereich der zukünftigen Bebauung und zugehörigen Grünflächen mit der Milieübergreifenden Funktion „Entwicklungsbereich Naturhaushalt“ verse-

hen. Der östliche Änderungsbereich mit den bestehenden Kleingärten erhält auf Grund der Einstufung als Altlastenverdachtsfläche die Milieudarstellung „Grünanlage eingeschränkt nutzbar“ in Überlagerung mit dem Milieu „Alttablagerung“.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Landschaftsprogramms bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Landschaftsprogramm unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Landschaftsprogramms kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Erdgeschoss, Raum D.01.272, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 9. September 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

Amtl. Anz. S. 2190

## Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Böschungssanierung Reiherstieg Süd Abschnitt Nord“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 11. November 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 2190

## Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Böschungssanierung Reiherstieg Süd Abschnitt Süd“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umwelt-

verträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVP bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 11. November 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation  
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 2190

## Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Houbakht Maftounian, geboren am 3. Dezember 1977, zuletzt bekannte Anschrift: Soltenstraße 54 c, 22119 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 28. November 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 12. Dezember 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 31. Oktober 2013

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 2191

## Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Altona-Altstadt 60

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona führt über die beabsichtigte Planung für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Altona-Altstadt 60 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Darlegung und Erörterung durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Max-Brauer-Allee – Große Bergstraße – über das Flurstück 74 (Große Bergstraße) der Gemarkung Altona-Südwest – Neue Große Bergstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 203).

Das Bebauungsplanverfahren mit der beabsichtigten Bezeichnung Altona-Altstadt 60 wird eingeleitet, um für den Bereich zwischen Max-Brauer-Allee, Großer Bergstraße und Neuer Großer Bergstraße den planungsrechtlichen Rahmen für eine bauliche Entwicklung zu schaffen, die sich den geänderten Gegebenheiten anpasst. Dabei soll sich die Bebauung sowohl am heutigen Bestand orientieren, als auch punktuell eine geringfügige Erweiterung in den Straßenraum vorsehen, sodass die Wochenmarktplächen gesichert werden können. Neben der im Plangebiet vorgesehenen überwiegenden gewerblichen Nutzung sollen in Teilen auch die Nutzungen Wohnen und Kultur planungsrechtlich ermöglicht werden.

Das Plangebiet befindet sich innerhalb des vom Senat förmlich festgesetzten Sanierungs- und Stadtumbaugebietes Altona-Altstadt S5, dessen Ziele in das Bebauungsplanverfahren einfließen.

Da es sich um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt, wird der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13 a des Baugesetzbuchs durchgeführt. Eine Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 des Baugesetzbuchs ist nicht geplant.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 4. Dezember 2013, um 19.30 Uhr im Kollegienaal des Bezirksamtes Altona, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann ab dem 21. November 2013 innerhalb der Öffnungszeiten des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ) des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), 22767 Hamburg, eingesehen werden. Auskünfte werden montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie am 4. Dezember 2013 ab 18.30 Uhr am Veranstaltungsort erteilt.

Hamburg, den 6. November 2013

**Das Bezirksamt Altona**

Amtl. Anz. S. 2191

## Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2415), wird bekannt gegeben:

Am 23. Dezember 2013 findet zusätzlich der Wochenmarkt Blankenese an der Blankeneser Bahnhofstraße in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr statt.

Hamburg, den 18. November 2013

**Das Bezirksamt Altona**

Amtl. Anz. S. 2191

## Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Farmsen, Ortsteil 514, belegene öffentliche Wegefläche Ebeersreye (Flurstück 5298) durch Überbauung mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr entbehrlich entwidmet und aufgehoben.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan (rot markierte Fläche), der Bestandteil der Entwidmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 7. November 2013

**Das Bezirksamt Wandsbek**

Amtl. Anz. S. 2191

## Vierte Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Oper der Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Vom 23. Mai 2012

Das Präsidium der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 26. Juni 2012 die vom Hochschulsenat am 23. Mai 2012 auf Grund von § 85 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 in der Fassung vom 16. November 2010 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2010 S. 605) beschlossene Vierte Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Oper vom 25. April 2007 und 17. Oktober 2007, zuletzt geändert am 8. Juni 2011 und 11. Januar 2012 (Amtl. Anz. 2008 S. 1982, 2012 S. 208), gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

### Artikel I

1. § 26 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„(1) Die Masterprüfung besteht aus:

1. dem Masterabschlussprojekt (Abschlussproduktion und schriftliche Dokumentation):

Der/Die Studierende hat in einer öffentlichen Hochschulaufführung mitzuwirken oder im Rahmen einer öffentlichen Prüfungsveranstaltung ein szenisch-musikalisches Programm von mindestens 45 Minuten Dauer vorzutragen.

In Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss auf Antrag des/der Studierenden die Mitwirkung in einer externen Musiktheaterproduktion als Masterprojekt anerkennen und prüfen lassen.

Die schriftliche Arbeit bezieht sich a) auf die Abschlussproduktion und b) auf das Kolloquium. a) sollte etwa 7 Seiten, b) etwa 4 Seiten umfassen (ausschließlich Bildmaterial und Nachweisen).

2. dem Kolloquium:

Für das Kolloquium hat der/die Studierende ein Programm von etwa 30 Minuten mit bis zu sechs Arien

oder musikalischen Soloszenen des Musiktheaters zu präsentieren, darunter mindestens je eine in deutscher und in italienischer Sprache und mindestens je eine aus folgenden Stilepochen vorzutragen: Barock, Klassik, Romantik/Verismo, 20. oder 21. Jahrhundert.

Näheres ist in der Modulbeschreibung geregelt.“

2. § 27 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

„(6) Aus den beiden Teilen der Masterprüfung wird eine Gesamtnote gebildet. Dabei ist folgende Gewichtung zugrunde zu legen:

- Masterabschlussprojekt (Abschlussproduktion und schriftliche Dokumentation) – 60 %,
- Kolloquium – 40 %.

Es werden nur die ersten beiden Dezimalzahlen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.“

3. Der Studienverlaufsplan und die Modulbeschreibungen für den Masterstudiengang Oper der Hochschule für Musik und Theater Hamburg in der Fassung vom 25. April 2007 und 17. Oktober 2007 (Amtl. Anz. 2008 S. 1982) werden durch den beigefügten neuen Studienverlaufsplan und die beigefügten neuen Modulbeschreibungen vom 23. Mai 2012 ersetzt.

### Artikel II

#### Inkrafttreten

Die Regelungen des Artikels I treten zum Wintersemester 2012/2013 in Kraft. Studierende, die ihr Studium zum 1. Oktober 2007 oder später aufgenommen haben, können auf Antrag nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Oper vom 25. April 2007 und 17. Oktober 2007, zuletzt geändert am 8. Juni 2011/11. Januar 2012, weiterstudieren.

Hamburg, den 23. Mai 2012

**Hochschule für Musik und Theater Hamburg**

Amtl. Anz. S. 2192

## Studienverlauf und Modulbeschreibungen Master Oper (M.Mus.)

### Inhalt

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>1 Studienverlauf Master Oper           <ul style="list-style-type: none"> <li>1.1 Modulbeschreibungen Kernmodule               <ul style="list-style-type: none"> <li>1.1.1 Kernmodul 1 Musiktheater</li> <li>1.1.2 Kernmodul 2 Musiktheater</li> <li>1.1.3 Kernmodul 3 Musiktheater</li> </ul> </li> <li>1.2 Module Sprechen               <ul style="list-style-type: none"> <li>1.2.1 Sprechen 1</li> <li>1.2.2 Sprechen 2</li> </ul> </li> </ul> </li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>1.3 Module Fremdsprachen           <ul style="list-style-type: none"> <li>1.3.1 Fremdsprachen 1</li> <li>1.3.2 Fremdsprachen 2</li> </ul> </li> <li>1.4 Bühnentraining</li> <li>1.5 Projekte           <ul style="list-style-type: none"> <li>1.5.1 Projektmodul 1</li> <li>1.5.2 Projektmodul 2</li> </ul> </li> <li>1.6 Wahlmodul</li> <li>1.7 Masterprüfung Abschlussmodul Oper</li> </ul> |
|---|--|

# 1 Studienverlauf Master Oper

Module/Teilmodule (Fächer)	1. Sem.		2. Sem.		3. Sem.		4. Sem.	
	SWS	Cr	SWS	Cr	SWS	Cr	SWS	Cr
<b>Kernmodule Musiktheater</b>	MO-Mth1		MO-Mth2		MO-Mth3			
Gesang (E)	1,5	3	1,5	3	1,5	3	1,5	2
Partienstudium (G/E)	3	6	3	6	3	6	3	4
Szenisch-musikalische Darstellung (G/E)	3	6	3	6	3	6	3	5
<b>Abschlussmodul</b>	MO-A							
Masterprojekt Abschlussproduktion mit schriftl. Dokumentation Kolloquium							15 4	
<b>Module Sprechen</b>	MO-Sp1		MO-Sp2					
Sprechbildung (G/E)	1	2	1	2	1	2	1	2
Szenisches Dialogsprechen (G)	1	2	1	2	1	2	1	2
<b>Fremdsprachen</b>	MO-Fr1		MO-Fr2					
Ital./franz./engl./russ. Rezitativ und Gesang (G)	1	3	1	3	1	3	1	3
<b>Bühnentraining</b>	MO-Bü							
Körper - Raum - Bewegung, Partner-, Gruppenübungen (G)	1,5	2	1,5	2	1,5	2	1,5	2
<b>Projektmodule</b>	MO-Pr1		MO-Pr2		MO-Pr2		6 Cr. nach 3. Sem.	
Je Modul sind 8 bzw. 6 Cr. zu erreichen	8 Cr. nach 2. Sem.		4		4		6	
Angebot: Regieübungen MTR (G, 2 Cr./Sem.); Workshop/Masterclass (G/E, 2 Cr./Sem.) Große Produktion mit Orchester (G, 8 Cr./Sem.); Kleine Produktion ohne Orchester (G, 4 Cr./Sem.) Konzerte/Klassenabende etc. (1 Cr./Sem.)								
<b>Wahlmodul</b>	MO-W1							
wechselnde Angebote, z.B. Fechten	2		2		2		2	
Tanz, Schauspiel, Kulturgeschichte, Gender studies, Ringvorlesung (je 1 Semester) bzw. Kompaktkurse wie Bühnen-, Musik- Vertragsrecht, Theaterorganisation, Agenturwesen; Projektbezogene Seminare, Sonderveranstaltungen								
Summe Credits/Semester:	30		30		30		30	
E = Einzelunterricht; G = Gruppenunterricht								
SWS = Semesterwochenstunden; Cr. = Credits nach ECTS (1 Cr. = 30 h)								
Credits gesamt:	120							

## 1.1 Modulbeschreibungen Kernmodule

### 1.1.1 Kernmodul 1 Musiktheater

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Kernmodul Musiktheater 1				MO-Mth1
<b>Prüfungen</b>	1 künstlerisch-praktisch				
<b>ECTS-Punkte</b>	30				
<b>Studiensemester</b>	1. + 2. Semester				
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	2 Semester/Pflichtmodul				
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich				
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	1.) Gesang (E)	Präsenzzeit	Vor-/Nachbereitung	SWS	Credits
	2.) Partienstudium (G/E)	105	255	3	12
	3.) Szenisch-musikalische Darstellung (G/E)	105	255	3	12
<b>Inhalte</b>	<p>1.) Individuelle Überprüfung und Weiterentwicklung der Stimme und ihrer körperbezogenen Komponenten (Haltung, Atmung, Stütze, Stimmsitz).</p> <p>2.) Musikalische Einstudierung von Opernpartien (Korrepetition). Genaues Erfassen des jeweiligen Notentextes, seiner stilistischen Ausprägung und des musikalischen Gestus einer theatralen Komposition. Einstellung der Stimme auf das entsprechende Stimmfach.</p> <p>3.) Darstellerische Umsetzung von Szenen in Dialogen, Rezitativen, Arien und Ensembles. Erörterung des Stoffs und seiner kulturgeschichtlichen Hintergründe. Textarbeit im Sinne der dialektischen Relevanz von Wort und Musik.</p>				
<b>Qualifikationsziele</b>	<p>1.) Weiterentwicklung der Stimme und ihrer körperbezogenen Komponenten</p> <p>2.) Fähigkeit, eine Opernpartie in seinen musikalischen und theatralen Dimensionen zu erfassen und die eigene Stimme darauf einstellen zu können.</p> <p>3.) Fähigkeit zur darstellerischen Umsetzung von Szenen in Dialogen, Rezitativen, Arien und Ensembles.</p>				
<b>Leistungsnachweis</b>	Künstlerisch-praktische Prüfung: szenisch-musikalische Darbietung, in der mind. 2 musikdramatische Szenen gestaltet werden. Mindestens 85 % Anwesenheit; Nachweis eines An- und Abstats je Semester				
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Aufnahmeprüfung				
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper				
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>					

**1.1.1.2 Kernmodul 2 Musiktheater**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Kernmodul Musiktheater 2		MO-Mth2
<b>ECTS-Punkte</b>	15		
<b>Prüfungen</b>			
<b>Studiensemester</b>	3. Semester		
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul		
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich		
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>		<b>Präsenzzeit</b>	<b>SWS Credits</b>
	1.) Gesang (E)	26,25	1,5 3
	2.) Partienstudium (G/E)	52,5	3 6
	3.) Szenisch-musikalische Darstellung (G/E)	52,5	3 6
<b>Inhalte</b>	<p>Individuelle Überprüfung der Stimme und gesangstechnische Projektbegleitung.  Musikalische Einstudierung der Partien für die anstehenden Projekte und Korrepetition in den Produktionsphasen.  Der/die Studierende arbeitet unter den realen Bedingungen des professionellen Theaters zur Erlangung der Berufsfähigkeit.  Darstellerische Umsetzung von Szenen. Projektbegleitendes Briefing.</p>		
<b>Qualifikationsziele</b>	<p>Weiterentwicklung der Stimme und ihrer körperbezogenen Komponenten  Fähigkeit zur darstellerischen Umsetzung von Szenen in Dialogen, Rezitativen, Arien und Ensembles.</p>		
<b>Leistungsnachweis</b>	<p>Künstlerisch-praktische Prüfung: szenisch-musikalische Darbietung von mind. 2 musikdramatischen Szenen.  Mindestens 85 % Anwesenheit</p>		
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Modulprüfung K-1-Oper-MM		
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper		
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>			

**1.1.3 Kernmodul 3 Musiktheater**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Kernmodul Musiktheater 3				MO-Mth3
<b>Prüfungen</b>					
<b>ECTS-Punkte</b>	11				
<b>Studiensemester</b>	4. Semester				
<b>Dauer / Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul				
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich				
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>		<b>Präsenzzeit</b>	<b>Vor-/Nachbereitung</b>	<b>SWS</b>	<b>Credits</b>
	1.) Gesang (E)	26,25	33,75	1,5	2
	2.) Partienstudium (G/E)	52,5	67,5	3	4
	3.) Szenisch-musikalische Darstellung (G/E)	52,5	97,5	3	5
<b>Inhalte</b>	Individuelle Überprüfung der Stimme und gesangstechnische Begleitung der Abschlussproduktion sowie des Vorsingprogramms.				
<b>Qualifikationsziele</b>	Erlangung der Bühnenreife.				
<b>Leistungsnachweis</b>	Aktive Teilnahme an allen in der Probendisposition vorgegebenen szenisch- musikalischen Proben für die Abschlussproduktion, Klassengesangsstunden, ZAV-Vorsingen Mindestens 85 % Anwesenheit				
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Modulprüfung K-2-Oper-MM				
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper				
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>					

## 1.2 Module Sprechen

### 1.2.1 Sprechen 1

Modulbezeichnung/-code	Sprechen 1			MO-Sp1
Prüfungen				
ECTS-Punkte	8			
Studiensemester	1. + 2. Semester			
Dauer/Art des Moduls	2 Semester/Pflichtmodul			
Häufigkeit des Angebots	jährlich			
Lehrveranstaltungen (Art)		Präsenz-zeit	Vor-/Nachbereitung	SWS Credits
	1.) Sprechbildung (E)	35	25	1 4
	2.) Dialogregie (G)	35	25	1 4
Inhalte	<p>1.) Schulung der Sprechstimme: Artikulation, Atmung, Zentrierung. Impulsfähigkeit, Ausdruck und Gestaltung. Adäquat der Singstimme gilt es, die Sprechfunktionen auf den Körper zu bringen und die Indifferenzlage auszubauen. Erarbeitung von Übungsprogrammen.</p> <p>2.) Erarbeitung von Dialogen und Rezitativen im Rahmen des Szenisch-musikalischen Unterrichts. Abgleichung der Sing- und Sprechspannung in den unterschiedlichsten Sprech-Formen des Musiktheaters.</p>			
Qualifikationsziele	Fähigkeit, die Sprechstimme entsprechend den Anforderungen des Musiktheaters einsetzen zu können.			
Leistungsnachweis	Künstlerisch-praktische Prüfung Mindestens 85 % Anwesenheit			
Teilnahmevoraussetzungen	Bestandene Aufnahmeprüfung			
Koordination	Fachgruppensprecher Master Oper			
Empfohlene Basisliteratur				

**1.2.2 Sprechen 2**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Sprechen 2			MO-Sp2
<b>Prüfungen</b>				
<b>ECTS-Punkte</b>	4			
<b>Studiensemester</b>	3. Semester			
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul			
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich			
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	1.) Sprechbildung (E)	Präsenzzeit 35	Vor-/Nachbereitung 25	SWS 1
	2.) Dialogregie (G)	17,5	42,5	1
<b>Inhalte</b>	<p>1.) Schulung der Sprechstimme: Artikulation, Atmung, Zentrierung. Impulsfähigkeit, Ausdruck und Gestaltung. Adäquat der Singstimme gilt es, die Sprechfunktionen auf den Körper zu bringen und die Indifferenzlage auszubauen. Erarbeitung von Übungsprogrammen.</p> <p>2.) Erarbeitung von Dialogen und Rezitativen im Rahmen des Szenisch-musikalischen Unterrichts. Abgleichung der Sing- und Sprechspannung in den unterschiedlichsten Sprech-Formen des Musiktheaters.</p>			
<b>Qualifikationsziele</b>	Fähigkeit, die Sprechstimme entsprechend den Anforderungen des Musiktheaters einsetzen zu können.			
<b>Leistungsnachweis</b>	Künstlerisch-praktische Prüfung Mindestens 85 % Anwesenheit			
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Modulprüfung Spr-1-Oper-MM			
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper			
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>				

### 1.3 Module Fremdsprachen

#### 1.3.1 Fremdsprachen 1

Modulbezeichnung/-code	Fremdsprachen 1				MO-Fr1
ECTS-Punkte	6				
Studiensemester	1. + 2. Semester				
Dauer/Art des Moduls	2 Semester/Pflichtmodul				
Häufigkeit des Angebots	jährlich	Präsenzzeit	35	Vor-/Nachbereitung	145
Lehrveranstaltungen (Art)	Ital./fanz./engl./russ. Rezitativ u. Gesang (G)				
Inhalte	Fremdsprachliche musikalische Repetition.				
Qualifikationsziele	Fähigkeit, das fremdsprachliche Idiom in seiner musikalischen Ausprägung sprachlich bzw. sängerisch nachvollziehen zu können.				
Leistungsnachweis	Künstlerisch-praktische Prüfung Mindestens 85 % Anwesenheit				
Teilnahmevoraussetzungen	Bestandene Aufnahmeprüfung				
Koordination	Fachgruppensprecher Master Oper				
Empfohlene Basisliteratur					

**1.3.2 Fremdsprachen 2**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Fremdsprachen 2				MO-Fr2
<b>ECTS-Punkte</b>	3				
<b>Studiensemester</b>	3. Semester				
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul				
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	Jedes Jahr				
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	Ital./fanz./engl./russ. Rezitativ u. Gesang (G)		Präsenzzeit	Vor-/Nachbereitung	SWS
<b>Inhalte</b>	35		55	1	3
<b>Qualifikationsziele</b>	Textverständnis und Aussprache der Unterrichts- und Projekt-relevanten Partien. Korrepitition in fremdsprachlicher Arie, Ensemble und Rezitativ. Gegebenenfalls Projekt-bezogenes Briefing. Fähigkeit, das fremdsprachliche Idiom in seiner musikalischen Ausprägung sprachlich bzw. sängerisch darzubieten zu können.				
<b>Leistungsnachweis</b>	Künstlerisch-praktische Prüfung Mindestens 85 % Anwesenheit				
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Modulprüfung K-1-Oper-MM				
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper				
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>					

**1.4 Bühnentraining**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Bühnentraining				MO-Bü
<b>ECTS-Punkte</b>	4				
<b>Studiensemester</b>	1. + 2. Semester				
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	2 Semester/Pflichtmodul				
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich	Präsenz-zeit	Vor-/Nachbereitung	SWS	Credits
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	Körper – Raum – Bewegung, Partner-, Gruppenübungen (G)				
<b>Inhalte</b>	Partner- und Gruppen-Übungen zur Eigen- und Fremdwahrnehmung und verantwortungsbewusstem Umgang mit inneren/emotionalen und äußeren/situativen Räumen..				
<b>Qualifikationsziele</b>	Erlangung von Körper- und Raumbewusstsein als Voraussetzung für jede darstellerische Entäußerung.				
<b>Leistungsnachweis</b>	Künstlerisch-praktische Prüfung Mindestens 85 % Anwesenheit				
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Aufnahmeprüfung				
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper				
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>					

## 1.5 Projekte

### 1.5.1 Projektmodul 1

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Projektmodul 1 Oper (Veranstaltungen optional und abhängig von der Angebotslage)				MO-Pr1
<b>ECTS-Punkte</b>	Am Ende des 2. Semesters müssen 8 Credits erworben sein				
<b>Studiensemester</b>	1. + 2. Semester				
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	2 Semester/Pflichtmodul				
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich				
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>		<b>Präsenzzeit</b>	<b>Vor-/Nachbereitung</b>	<b>SWS</b>	<b>Credits</b>
	1.) Regieübungen MTR (G)	-	60	-	2
	2.) Workshop/Masterclass (G/E)	-	60	-	2
	3.) Große Produktion mit Orchester (G)	-	240	-	8
	4.) Kleine Produktion ohne Orchester (G)	-	120	-	4
	5.) Konzerte, Klassenabende etc.	-	30	-	1
<b>Inhalte</b>	<p>MTR-Studierende inszenieren professoral betreut im Rahmen des Szenisch-musikalischen Unterrichts. Der Erlangung der Qualifikationsziele dienen auch Veranstaltungen von renommierten Persönlichkeiten des Theaters, die auf wenige Tage konzentriert berufsbezogene Lehr- und Lerneinheiten praktisch vermitteln. Teilnahme an öffentlich musikalischen Präsentationen und Studienprojekten der Hochschule bzw. Akademie als praxisbezogene Übungen.</p> <p>1.)-5.) sind optional und richten sich nach dem jeweils aktuellen Semesterangebot der Hochschule.</p>				
<b>Qualifikationsziele</b>	Die zu inszenierenden Sänger/innen sollen in der Interaktion mit Regie und Dirigent/in weitere Erfahrungen sammeln, Erlerntes in Anwendung bringen und ihre Technik in der Aktion zu überprüfen lernen.				
<b>Leistungsnachweis</b>	Teilnahme, ggf. Präsentation. Mindestens 85 % Anwesenheit				
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Aufnahmeprüfung				
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper				
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>					

**1.5.2 Projektmodul 2**

<b>Modulbezeichnung/-code</b>	Projektmodul 2 Oper (Veranstaltungen optional und abhängig von der Angebotslage)		MO-Pr2
<b>ECTS-Punkte</b>	Am Ende des 3. Semesters müssen 6 Credits erworben sein		
<b>Studiensemester</b>	3. Semester		
<b>Dauer / Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul		
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich		
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	Präsenzzeit	Vor-/Nachbereitung	SWS Credits
1.) Regieübungen MTR (G)	-	60	- 2
2.) Workshop/Masterclass (G/E)	-	60	- 2
3.) Große Produktion mit Orchester (G)	-	240	- 8
4.) Kleine Produktion ohne Orchester (G)	-	120	- 4
5.) Konzerte, Klassenabende etc.	-	30	- 1
<b>Inhalte</b>	Siehe Modul Proj-1-Oper-MM		
<b>Qualifikationsziele</b>	Weiterentwicklung der in Modul Proj-1-Oper-MM beschriebenen Kompetenzen.		
<b>Leistungsnachweis</b>	Teilnahme, ggf. Präsentation. Mindestens 85 % Anwesenheit		
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Aufnahmeprüfung		
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper		
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>			

**1.6 Wahlmodul**

Modulbezeichnung/-code	Wahlmodul Oper	MO-W
<b>ECTS-Punkte</b>	Am Ende des 3. Semesters müssen mind. 6 Credits erworben sein, sofern nicht schon im Projektmodul entsprechende Credits erworben wurden. Es sind zu diesem Zeitpunkt 90 Credits nachzuweisen.	
<b>Studiensemester</b>	1. bis 3. Semester	
<b>Dauer/ Art des Moduls</b>	Je 1 Semester/Wahlmodul	
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich	
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	Präsenzzeit	Vor-/Nachbereitung SWS Credits
1.) Fechten (G)	26,25	33,75 1,5 2
2.) Tanz (G)	26,25	33,75 1,5 2
3.) Schauspiel (G)	26,25	33,75 1,5 2
4.) Kulturgeschichte (G)	26,25	33,75 1,5 2
5.) Gender studies (G)	26,25	33,75 1,5 2
6.) Ringvorlesung (G)	26,25	33,75 1,5 2
<b>Inhalte</b>	Die Angebote des Wahlmoduls können variieren, es handelt sich um praktische oder theoretische ganzsemestrige bzw. Blockveranstaltungen.	
<b>Qualifikationsziele</b>	Entwicklung des persönlichen Profils der Studierenden.	
<b>Leistungsnachweis</b>	Teilnahme, ggf. Präsentation, Hausarbeit o.Ä. (entsprechend der Spezifikation der Lehrveranstaltung) Mindestens 85 % Anwesenheit	
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Aufnahmeprüfung	
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper	
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>		

**1.7 Masterprüfung Abschlussmodul Oper**

<b>Modulbezeichnung / -code</b>	Abschlussmodul Oper				Abschluss-Oper-MM	
<b>ECTS-Punkte</b>	19					
<b>Studiensemester</b>	4. Semester					
<b>Dauer/Art des Moduls</b>	1 Semester/Pflichtmodul					
<b>Häufigkeit des Angebots</b>	jährlich					
<b>Lehrveranstaltungen (Art)</b>	1.) Abschlussproduktion (Masterprojekt) mit schriftlicher Dokumentation		Präsenzzeit		Vor-/Nachbereitung	
			-		450	
	2.) Kolloquium		-		120	
<b>Leistungsnachweis</b>	<p>1.) Präsentation (Masterprojekt): Der/die Studierende hat in einer öffentlichen Hochschulaufführung mitzuwirken oder im Rahmen einer öffentlichen Prüfungsveranstaltung ein szenisch-musikalisches Programm von mindestens 45 Minuten Dauer vorzutragen. In Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss auf Antrag des/der Studierenden die Mitwirkung in einer externen Musiktheaterproduktion als Masterprojekt anerkennen und prüfen lassen. Die schriftliche Arbeit bezieht sich a) auf die Abschlussproduktion und b) auf das Kolloquium. a) sollte ca 7 Seiten, b) ca 4 Seiten umfassen (ausschließlich Bildmaterial und Nachweisen).</p> <p>2.) Kolloquium: Erarbeitung des Programms für das Kolloquium und der kollektiven Präsentation für Agent/innen und Intendant/innen. Für das Kolloquium hat der/die Studierende ein Programm von etwa 30 Minuten mit bis zu sechs Arien oder musikalischen Soloszenen des Musiktheaters zu präsentieren, darunter mindestens je eine in deutscher und in italienischer Sprache und mindestens je eine aus folgenden Stilepochen vorzutragen: Barock, Klassik, Romantik/Verismo, 20. oder 21. Jahrhundert.</p>					
<b>Teilnahmevoraussetzungen</b>	Bestandene Modulprüfung K-2-Oper-MM					
<b>Koordination</b>	Fachgruppensprecher Master Oper					
<b>Empfohlene Basisliteratur</b>						

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 13 A 0439

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00  
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: 13 A 0439  
**Elektroinstallation und Notbeleuchtung**  
4135 B 100 Wirtschaftsgebäude  
Brandschutzmaßnahmen
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:  
**Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:  
**Marinestützpunktkompanie, Reiherdamm 10,  
20457 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung:  
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
3-geschossiges Wirtschaftsgebäude  
Art und Umfang der Leistung:  
Lieferung und Montage eines Zentralbatteriesystems für Notbeleuchtung, Lieferung und Montage von 160 Stck. Sicherheits- und Rettungszeichenleuchten, Verkabelung und Anschluss der Notbeleuchtung, Verkabelung Brandmeldeanlage, Neuinstallation von Teilen der Elektrotechnik
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:  
Beginn der Ausführung: 17. Februar 2014  
Fertigstellung der Leistungen bis: 2. Mai 2014
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).  
Bewerbungsschluss: 5. Dezember 2013  
Versand der Verdingungsunterlagen: 12. Dezember 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe der Kosten: 8,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!  
Empfänger: siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333  
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33  
BIC-Code: HASPDEHHXXX

### Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0439

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis: Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:  
15. Januar 2014, 10.00 Uhr, Ort: siehe Buchstabe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:  
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.  
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.  
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. Februar 2014
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**

**Technische Fragen: Herr Hühne  
Telefon: 040/4 28 42 - 324**

Hamburg, den 15. November 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
– Bundesbauabteilung –**

966

### Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer  
Zentrale Vergabestelle K 5,  
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,  
Telefon: 040/4 28 26 - 24 98, Telefax: 040/4 28 26 - 2488,  
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg Neustadt
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-375/13**  
Busbeschleunigung Hamburg, Metrobuslinie 5 – Umgestaltung Gänsemarkt zwischen Neuer Jungfernstieg und Dammtorstraße.  
Wesentliche Leistungen:  
Ca. 3700 m<sup>2</sup> Bit-Fahrbahn ausbauen, ca. 2400 m<sup>2</sup> Bit-Fahrbahn im Vollausbau herstellen, ca. 1900 m<sup>2</sup> Nebenflächen herstellen/umgestalten, ca. 600 m Bordsteine setzen, 13 Stück Straßenabläufe herstellen, ca. 35 m Anschlussleitungen sanieren (offene Bauweise), ca. 130 m Anschlussleitungen sanieren (geschlossene Bauweise), ca. 1300 m Weißmarkierungen herstellen, ca. 1750 m<sup>3</sup> Boden der Klasse 3-5 ausbauen, ca. 150 m<sup>3</sup> grobkörnigen Boden einbauen.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 10. April 2014, Ende: 22. Juni 2014.
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:  
Vom 19. November 2013 bis 6. Dezember 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.  
Anschrift:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
RB/ZVA, Zimmer E 01.419,  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 30,- Euro  
Erstattung: Nein  
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20  
IBAN: 2001 0020 0375 2022 05  
BIC: PBNKDEFF  
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 10. Dezember 2013, 9.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 10. Dezember 2013 um 9.30 Uhr.  
Anschrift: siehe Buchstabe o)  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.  
Qualifikationsnachweis Verkehrssicherung (MVAS), Qualifikationsnachweis SiGeKo, Nachweis zur sozialverträglichen Beschaffung, Qualifikationsnachweis ZTV-Siele, Benennung Liefer- und Ersatzmischwerk, Benennung verantwortliche Person nach § 20 SprengG, Nachweis des Fachagrars für Baumpflege.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. Januar 2014.
- w) Beschwerdestelle:  
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,  
Geschäftsführer (GF),  
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,  
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 18. November 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

967

### Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,  
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Stadtteilschule Bergedorf,  
Ladenbeker Weg 13 in Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 01/14 AS**  
Neubau eines Klassenhauses  
Los 1 Estricharbeiten  
Estrich mit folgendem Regelaufbau:  
– Abdichtung aus Bitumenbahn im EG oder Trennlage aus PE-Folie  
– Dämmlage in verschiedenen Ausführungen

- Trenn- und Schutzfolie aus PE
- Zementestrich für verschiedene Verkehrslasten und Nennstärken

- bauseitiger Oberbelag aus Kautschuk, Teppich, Fliesen

## Los 2 Tischlerarbeiten

- Innentüren aus Holz bestehend aus Stahlblechzarge, Türblatt, Beschlägen, Schloss und Garnituren, teilweise mit Bodendichtung

- Blatt aus Vollholzdoppelrahmen, Einlage aus Röhren- oder Vollspanplatte, Oberfläche aus HPL-Platte

## Los 3 Metallbauarbeiten

- Stahlblechtüren mit Zarge und Beschlag, teilweise mit Obentürschließer

- Geländer mit Handlauf

- Tore im Außenbereich

- Gitterschutzhauben für Oberlichter

## Los 4 Fliesenarbeiten

- Wand- und Bodenfliesen auf Gipskarton-, Zementputz- und Zementestrichflächen einschl. Abdichtungen, Rohrdurchführungen und erforderliche Schienen

## Los 5 Malerarbeiten

- Malerarbeiten im Innenbereich auf Wand- und Deckenflächen aus Kalk-Zementputz, Gipskarton und Beton

- Malerarbeiten im Außenbereich auf zementgebundenen Leichtbetonplatten

- Anstrich von Metallzargen, Fugenabdichtungen und Beschriftungen

- g) Keine Planungsleistungen

- h) Los 1 Estricharbeiten

## Los 2 Tischlerarbeiten

## Los 3 Metallbauarbeiten

## Los 4 Fliesenarbeiten

## Los 5 Malerarbeiten

- i) Baubeginn: 30. September 2013

Bauende: 10. April 2015

- j) Nebenangebote sind zugelassen.

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 15. Oktober 2013 bis 13. Januar 2014, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

- l) Höhe des Kostenbeitrages: pro Los 10,- Euro.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,

Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,

IBAN DE 25 00000000020101529,

BIC MARKDEF1200,

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,

Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 01/14 AS

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

- m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 14. Januar 2014 Los 1 bis 10.30 Uhr, Los 2 bis 10.50 Uhr, Los 3 bis 11.10 Uhr, Los 4 bis 11.30 Uhr und Los 5 bis 11.50 Uhr eingereicht werden.

- o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,

U 40 Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 14. Januar 2014 Los 1 um 10.30 Uhr, Los 2 um 10.50 Uhr, Los 3 um 11.10 Uhr, Los 4 um 11.30 Uhr und Los 5 um 11.50 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) siehe Vergabeunterlagen.

- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 27. Februar 2014.

- w) Beschwerdestelle:

FB SBH | Schulbau Hamburg,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin

Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 15. November 2013

**Die Finanzbehörde**

968

### Auftragsbekanntmachung

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

##### I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,

FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,

FB SBH | Schulbau Hamburg,

U 40 Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des

Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

## ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
Neubau Klassenhaus 1 Stadtteilschule Bergedorf, Ladenbeker Weg 13 in Hamburg, Bodenbelagsarbeiten.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
Bauftrag  
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:  
Hinter der Lieth 61, Hamburg.  
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Neubau eines Klassenhauses im Zeitraum Oktober 2013 bis April 2015 mit einer BGF von ca. 4513 m<sup>2</sup>.  
Bodenbelagsarbeiten. Lieferung und Einbau von Kautschuk-Bödenbelägen. Sauerlaufzonen aus Tufting-Velours einschließlich Baustelleneinrichtung und Schutzmaßnahmen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 45214220
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:  
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Geschätzter Wert ohne MwSt: 290 000,- Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
Laufzeit: 31 Monate ab Auftragsvergabe.

## ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: keine
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).  
– Eigenerklärung Richtlinie Schwere Verfehlungen (Formblatt beiliegend).  
– Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:  
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).  
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).  
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2010, 2011, 2012).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
SBH VOB EU 01/14 AS
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Januar 2014, 12.00 Uhr.  
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja  
Preis: 10,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.  
Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg  
IBAN: DE 25 00000000020101529  
BIC: MARKDEF1200  
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg  
Verwendungszweck: 7005851,  
SBH VOB EU 01/14 AS  
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
14. Januar 2014, 10.10 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
Tag: 14. Januar 2014, 10.10 Uhr  
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland  
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.  
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:  
Offizielle Bezeichnung:  
SBH | Schulbau Hamburg,  
Rechtsabteilung (U 1)  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland  
Telefax: +49/40/4 27 92 - 71 20  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
12. November 2013  
Hamburg, den 12. November 2013

**Die Finanzbehörde**

**Auftragsbekanntmachung****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg  
 Postanschrift:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 U 40, Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 Kontaktstelle(n):  
 Zu Händen von: Frau Kirsten Spann  
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68  
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
 Internet-Adresse(n):  
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/  
 des Auftraggebers:  
<http://www.hamburg.de/schulbau/>  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber**  
 Neubau für die STS Bahrenfeld und die STS Goosacker am Standort Regerstraße 21-25, Hamburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.
- II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**  
 Dienstleistungen  
 Dienstleistungskategorie Nr: 12  
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.  
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**  
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**  
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m<sup>2</sup> und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m<sup>2</sup>.  
 In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, einen Neubau für die STS Bahrenfeld und die STS Goosacker am Standort Regerstraße 21-25 in 22761 Hamburg zu errichten. Die Erweiterung soll in zwei Bauabschnitten erfolgen. In einem ersten Bauabschnitt mit ca. 2000 m<sup>2</sup> NGF (1-6) soll ein Ganztagsbereich mit Flächen für einen multifunktionalen Essbereich und eine Aufwärm- und Verteilerküche entstehen sowie zusätzlichen Flächen für Klassenräume. Das Baufeld für den GBS- und Unterrichtsneubau wird im Jahr 2014 durch den Abriss zweier vorhandener Gebäude geräumt. In einem zweiten Bauabschnitt soll eine Gymnastikhalle mit einer Gesamtfläche von 330 m<sup>2</sup> an die vorhandene Sporthalle angebaut werden. Für die Umsetzung des GBS- und Unterrichtsneubaus ist ein Budget von ca. 5,4 Mio. Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Für die Umsetzung der Gymnastikhalle ist ein Budget von ca. 700.000 Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die Baumaßnahmen sind in Abstimmung mit der Schule zum Teil bei laufendem Schulbetrieb durchzuführen. Der GBS- und Unterrichtsneubau ist bis Ende 2015, die Gymnastikhalle bis Ende 2016 fertigzustellen.  
 Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:  
 – Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8;  
 – Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 als optionale Beauftragung durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).
- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
 Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**
- II.1.8) **Lose: Nein**
- II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –**

- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 280.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt. Geschätzter Wert ohne MwSt: 280.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja  
Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8, als optionale Beauftragung durch Bestimmungen des AG (ggf. in noch von dem AG festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
Laufzeit: 30 Monate ab Auftragsvergabe
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:  
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:  
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamt-
- schuldnnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja  
Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.  
Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
  - Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
  - Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
  - Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
  - Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
  - Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
  - Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
  - Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
  - Anlage 1 H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
  - Anlage 1 I: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck); die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert;
  - Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhe-

bung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;

- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten mit Referenzschreiben (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A 3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

### III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Pro LOS ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011, 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsomme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der

Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

### III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Geforderter Mindeststandard: 2 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS) und 1 Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (ELT). Bietergemeinschaften können diese Anforderungsgemeinsam erfüllen.
- B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen.  
Geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS).  
Geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT).
- C) Leistungsübersicht: Liste der wesentlichen in den letzten max. 5 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2008) erbrachten Leistungen unter Angabe: Projektbezeichnung, Kosten der Kostengruppe 400 (in EUR; netto), Größe (BGF), (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten), Leistungszeitraum, ausgeführte Leistungsphasen und Anlagengruppen, ggf. Besonderheiten wie z.B. Bauen im Bestand, Bauen im laufenden Betrieb, Sanierung, etc.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit der durchgängigen Bearbeitung der Leistungsphasen 2 bis 8 gem. § 55 HOAI nachzuweisen.

### III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

### III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

#### III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI, HLS und ELT gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsan-

- gehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren  
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:  
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:  
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste):
- 1.) Leistungsphasen 2-8 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
  - 2.) Die Bereiche HLS und ELT wurden bearbeitet: kein Projekt = 0 Punkte, 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
  - 3.) Projekt mit Kosten der KG 400 mind. 1 Mio. Euro (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
  - 4.) Bei dem Projekt handelt es sich um einen Bildungsbau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
  - 5.) Projekt wurde bei laufendem Betrieb durchgeführt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).
- Insgesamt sind max. 15 Punkte zu erzielen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:  
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

#### IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien              | Gewichtung |
|------------------------|------------|
| 1. Fachlicher Wert     | 20 %       |
| 2. Qualität            | 20 %       |
| 3. Umwelteigenschaften | 20 %       |

4. Kundendienst 5 %  
5. Ausführungszeitraum 5 %  
6. Preis/Honorar 30 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
SBH VOF 030/2013
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Dezember 2013, 14.00 Uhr  
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 16. Dezember 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:  
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>  
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 4. Kalenderwoche 2014; Einreichung der Honorarangebote in der 7. Kalenderwoche 2014; Verhandlungsgespräche in der 9. Kalenderwoche 2014.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/  
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/  
Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer der Behörde  
für Stadtentwicklung und Umwelt

## Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefon: +49/040/42840-2039

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4  
GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn  
mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung  
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu  
wollen, vergangen sind.

## VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

## VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:  
SBH | Schulbau Hamburg,  
Rechtsabteilung U 1,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/040/42792-7120  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

## VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

15. November 2013

Hamburg, den 15. November 2013

Die Finanzbehörde

970

## Gerichtliche Mitteilungen

### Zwangsversteigerung

71 d K 34/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Peter-Timm-Straße 27 belegene, im Grundbuch von Schnelsen Blatt 3961 eingetragene 1100 m<sup>2</sup> große Grundstück (Flurstück 1189) durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem voll unterkellerten, zweigeschossigen Einfamilienhaus (fünf abgeschlossene Zimmer, Diele, Galerie, Flur, Küche, Abstellraum, Ankleidezimmer, Gäste-WC, Vollbad/WC und Duschbad/WC, zwei große Balkone mit Hartholz-Fußboden) mit einer Gesamtwohnfläche von etwa 250,38 m<sup>2</sup>. Im Keller gibt es einen nicht genehmigten, 32,22 m<sup>2</sup> großen Gästezimmerbereich mit Bad/WC mit einer lichten Höhe von 2,65 m. Baujahr 2007, die tatsächliche Bauausführung weicht zum Teil von der Baugenehmigung ab. Gaszentralheizung als Fußbodenheizung. Insgesamt deutlich überdurchschnittliche Ausstattung (hochwertige Design-Bad-Einrichtung, offene Küche zum Wohn-/Essbereich mit Kochinsel und Arbeitsplatte aus dunklem Granit, Parkettfußboden, Alarmanlage).

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 740 000,- Euro, je 1/2 Miteigentumsanteil: 370 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 21. Januar 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com) heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Februar 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

971

71 s K 15/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schulweg 35, 37 belegene, im Grundbuch von Eimsbüttel Blatt 11110 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend

aus 116/2000 Miteigentumsanteilen an dem 414 m<sup>2</sup> großen Flurstück 352, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Hause Schulweg 35 belegenen Wohnung Nummer 3, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete, etwa 26,8 m<sup>2</sup> große 1-Zimmer-Wohnung befindet sich im I. Obergeschoss vorn und wird über Nachtspeicherheizung beheizt. Warmwasser über elektrische Durchlauferhitzer.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 47 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 22. Januar 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com) heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 22. Februar 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten

Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

972

71 k K 22+23/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Frohmestraße 59, D-59 H belegenen, im Grundbuch von Schnelsen a) Blatt 12203 und b) Blatt 12239 eingetragene a) Wohnungseigentum, bestehend aus 238/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 4001 m<sup>2</sup> großen Flurstück 7256, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 5 sowie b) Teileigentum, bestehend aus 10/10 000 Miteigentumsanteilen an dem selben Flurstück, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Tiefgaragenstellplatz Nummer 41 laut Aufteilungsplan, durch das Gericht versteigert werden.

Zu a): Die etwa 64,47 m<sup>2</sup> große 3-Zimmer-Wohnung liegt im Dachgeschoss des zweigeschossigen unterkellerten Mehrfamilienwohnhauses Frohmestraße 59 D mit Baujahr 1995/1996. Die Wohnfläche verteilt sich auf 3 Zimmer, Küche, Flur, Vollbad, Abstellraum und Balkon. Beheizung und Warmwasser über Gaszentralheizung. Zu b): Der Stellplatz liegt in der Tiefgarage unter der Hausnummer 59 D. Sowohl die Wohnung als auch der Stellplatz werden von den Eigentümern genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) Wohnung: 141 000,- Euro (70 500,- Euro je 1/2-Anteil), b) Stellplatz: 13 000,- Euro (6 500,- Euro je 1/2-Anteil).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 23. Januar 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com) heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind jeweils am 5. April 2013 in die Grundbücher eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. November 2013

Das Amtsgericht, Abt. 71

973

### Zwangsvollstreckung

802 K 1+9/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg Hellbrookkamp 41, 43 belegene, im Grundbuch von Bramfeld a) Blatt 14419, b) Blatt 14424 eingetragene, a) Wohnungs- und b) Teileigentum, bestehend aus einem a) 474/10 000 Miteigentumsanteil und b) 4/10 000 Miteigentumsanteil an dem 1652 m<sup>2</sup> großen Grundstück (Flurstück 8678), verbunden mit dem Sondereigentum an a) der Wohnung und den Räumen und b) dem Stellplatz in der Garage, im Aufteilungsplan a) mit Nummer 27 und b) mit Nummer T 36/35 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

a) Die vom Eigentümer genutzte Wohnung, Hausnummer 43, zur Größe von etwa 100 m<sup>2</sup>, ist im Dachgeschoss links des im Jahre 1993 errichteten Gebäudes belegen. Zur Wohnung gehört das Sondernutzungsrecht an dem Kellerraum Nummer 27 und dem Stellplatz Nummer 27 in der Tiefgarage. Eine Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. b) Auf dem Stellplatz T 36/35 ist laut Gutachten ein sogenannter Duplexparker installiert, es gibt also die Möglichkeit zwei Pkw übereinander zu parken. Eventuell sind diese Stellplätze vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: a) 249 000,- Euro, b) 18 900,- Euro, gesamt: 267 900,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 30. Januar 2014, 10.00 Uhr**, vor dem Amts-

gericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com)

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. März 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. November 2013

Das Amtsgericht  
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

974

### Zwangsvollstreckung

902 K 1/13. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Nedderdorfer Weg 21 belegene, im Grundbuch von Horn Geest Blatt 2627 eingetragene 208 m<sup>2</sup> große Grundstück (Flurstück 529) durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem durch die Eigentümerin genutzten viergeschossigen Mittelreihenhaus, Gesamtwohnfläche etwa 166 m<sup>2</sup>, Nutzfläche etwa 49,10 m<sup>2</sup>. Es besteht erheblicher Renovierungs- und Modernisierungsbedarf, insbesondere war zum Zeitpunkt der Begutachtung des Objektes die Heizungsanlage defekt. Es wird Bietinteressenten dringend angeraten, das erstellte Wertgutachten einzusehen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 117 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 27. Fe-**

**bruar 2014, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.34, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Februar 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. November 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

975

## Zwangsversteigerung

323 K 39/12. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Luckmoor 16, 18 belegene, im Wohnungsgrundbuch von Lurup Blatt 4609 auf die Namen a) Heike Annet Lehmann, geborene Niesobski, geboren am 7. Dezember 1951, zu 1/2-Anteil, b) Heike Annet Lehmann, geborene Niesobski, geboren am 7. Dezember 1951 und c) Bodo Lehmann, geboren am 26. November 1940, zu b) und c) in Erbengemeinschaft zu 1/2-Anteil, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/2 Miteigentumsanteil an dem 1830 m<sup>2</sup> großen Flurstück 5416, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen des Einzelhauses Nummer H 1, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das eingeschossige, vollunterkellerte Einfamilienwohnhaus mit nicht ausgebautem Dachgeschoss wurde etwa 1987 in

massiver Bauweise erstellt, verfügt überwiegend über einen mittleren, teilweise einfachen Ausstattungsstandard und hat rund 124 m<sup>2</sup> Wohnfläche. Nutzungseinheiten: Kellergeschoss mit Kellerflur, Heizungsraum, Tankraum, Keller 1 bis 5, Erdgeschoss mit Diele/Flur, Gästewc, Zimmer 1 und 2, Küche, Wohnzimmer, Bad, Schlafzimmer. Dachgeschoss mit einer Abstellfläche von etwa 40 m<sup>2</sup>, nur über eine Bodeneinschubtreppe zugänglich. Das Wohnhaus ist teilweise sanierungsbedürftig. Dem Wohnungseigentum ist gemäß Teilungserklärung ein Sondernutzungsrecht an einer Grundstücksfläche zugeordnet. Ein Grundpfandrecht in Abteilung III bleibt bestehen.

Verkehrswert gemäß §§ 74 a Absatz 5, 85 a Absatz 2 Zwangsversteigerungsgesetz (ZVG): 281 000,- Euro (in Worten: zweihunderteinundachtzigtausend Euro)

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 14. Februar 2014, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com) und [www.zvhh.de](http://www.zvhh.de).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Dezember 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. November 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

976

## Zwangsversteigerung

717 K 3/13. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Friedenstraße 1/5, Wandsbeker Chaussee 210 belegene, im Grundbuch von Eilbek Blatt 4076 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 16/1000 Miteigentumsanteilen an dem 1612 m<sup>2</sup> großen Flurstück 2340, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Kellerraum, im Aufteilungsplan mit Nummer 30 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die 1-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 33 m<sup>2</sup> befindet sich im I. Obergeschoss Mitte des Gebäudeteils „Friedenstraße 5“. Errichtung des viergeschossigen Mehrfamilienhauses etwa 1967. Beheizung über Nachtspeicherheizung, Warmwasser über Durchlauf-erhitzer. Es besteht Renovierungsbedarf. Laut Gutachten soll das Objekt nicht vermietet sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 57 600,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Montag, den 27. Januar 2014, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, Saal 335.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/428 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. Januar 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 22. November 2013

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

977

**Güterrechtsregister**

Eintragungen:

**19. Juni 2013**

69 GR 13848. Horst **Berk**, geboren am 15. Februar 1934 und dessen Ehefrau Gudrun, geborene Katiofsky, geboren am 19. Juni 1939, Hamburg, haben durch Vertrag vom 21. Mai 2013 die Aufhebung der Gütertrennung und den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

69 GR 13576. Andreas **Szeliga**, geboren am 10. Juli 1969 und dessen Ehefrau Sylvia, geborene Witt, geboren am 30. April 1969, Hamburg, haben durch Vertrag vom 24. August 2012 die Aufhebung der Vereinbarung vom 2. Juni 2005 vereinbart.

**9. Juli 2013**

69 GR 13849. Alexander Herbert Ludwig **Hachmann**, geboren am 7. Februar 1979 und dessen Ehefrau Natia Hachmann Kutelia, geborene Kutelia, geboren am 29. Januar 1980, Hamburg, haben durch Vertrag vom 11. Juni 2013 eine modifizierte Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

**17. Juli 2013**

69 GR 13850. Harald **Bornschein**, geboren am 5. Juni 1936 und dessen Ehefrau Maren, geborene Hansen, geboren am 29. August 1937, Ahrensburg, haben durch Vertrag vom 13. Juni 2013 die Aufhebung der Gütertrennung vereinbart.

**24. Juli 2013**

69 GR 13851. Arthur **Voß**, geboren am 1. Dezember 1935 und dessen Ehefrau Christa, geborene Holm, geboren am 11. Juni 1939, Hamburg, haben durch Vertrag vom 10. Juni 2013 Gütertrennung vereinbart.

**26. Juli 2013**

69 GR 13852. Hans-Joachim **Darboven**, geboren am 24. Dezember 1945 und dessen Ehefrau Barbara, geborene Krüger, geboren am 9. April 1952, Lentförden, haben durch Vertrag vom 4. Juli 2013 die Aufhebung der Gütertrennung vereinbart.

**16. September 2013**

69 GR 13853. Olaf **Buhr**, geboren am 11. Januar 1967 und dessen Ehefrau Gabriele, geboren am 17. Dezember 1967, Hamburg, haben durch Vertrag vom 6. Juli 2013 Gütertrennung vereinbart.

69 GR 13854. Albert **Beqiri**, geboren am 9. Juni 1977 und dessen Ehefrau Marion Clasen, geborene Krohn, geboren am 28. Dezember 1952, Hamburg, haben durch Vertrag vom 5. Juni 2013 Gütertrennung vereinbart.

**30. September 2013**

69 GR 13855. Tobias **Rietzel**, geboren am 13. September 1983 und dessen Ehefrau Clarissa Friederike, geborene Gerberding, geboren am 12. Mai 1984, Hamburg, haben durch Vertrag vom 31. Mai 2013 Gütertrennung vereinbart.

**16. Oktober 2013**

69 GR 10940. Holger **Mees**, geboren am 19. Oktober 1957 und dessen Ehefrau Elisabeth Ingrid, geborene Rudloff, geboren am 31. Januar 1964, Quickborn, haben durch Vertrag vom 16. September 2013 die Aufhebung der Gütertrennung und den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

**29. Oktober 2013**

69 GR 4577. Peter **Fischnich**, geboren am 13. Februar 1951 und dessen Ehefrau Ulrike, geborene Wittleder, geboren am 17. November 1953, Wiesbaden-Dotzheim, haben durch Vertrag vom 17. September 2013 die Aufhebung der Gütertrennung und den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

**14. November 2013**

69 GR 7197. Herbert **Seubert**, geboren am 3. Januar 1939 und dessen Ehefrau Eleonore, geboren am 6. April 1940, Hamburg, haben durch Vertrag vom 21. Oktober 2013 die Aufhebung der Gütertrennung und den Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

69 GR 5199. Max **Konjack**, geborener Heinz, geboren am 6. April 1947 und dessen Ehefrau Birgit, geboren am 22. Oktober 1944, Ammersbek, haben durch Vertrag vom 27. September 2013 die Aufhebung der Gütergemeinschaft vereinbart.

**Das Amtsgericht, Abt. 69**  
978

**Sonstige Mitteilungen****Auftragsbekanntmachung  
(Richtlinie 2004/18/EG)****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Roy

Telefon: +49/40/8998-2480

Telefax: +49/40/8998-4009

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:

http://www.desy.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2)

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.3)

**Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts

I.4)

**Haupttätigkeit(en)**

Forschung

**Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

- II.1) Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
EO 020-13 Neubau CSSB – Centrum für Strukturelle Systembiologie, Erd- und Rohbauarbeiten.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung  
Bauftrag  
Ausführung  
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:  
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz-Gemeinschaft, Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY beabsichtigt am Standort Hamburg-Bahrenfeld ein Forschungszentrum mit Büroräumen, Laborflächen und Neben-/Technikräumen für nationale und internationale Kooperationspartner zu errichten. In den Laborflächen soll überwiegend biomolekulare Forschung stattfinden, so dass es hohe funktionale Anforderungen an diese Bereiche gibt. Zu den erhöhten technischen Anforderungen zählen u.a. Labore der Schutzstufen 2 und 3\*\* (S2- und S3\*\*-Labore), mit besonderen Anforderungen an die Oberflächen der Bauteile und besonderen Auslegungsmerkmalen im Bereich Lüftungs- und Elektrotechnik, sowie Medienversorgung (Kühlwasser, technische Gase, etc.). Ein Bereich im Untergeschoss des Neubaus stellt weitere erhöhte Anforderungen an Lüftungs- und Elektrotechnik, an elektromagnetische und an baudynamische Abschirmung, da er für den Einsatz hochauflösender Elektronenmikroskope (Kryo-EM) bestimmt ist. Der Baubeginn ist im Frühjahr 2014 vorgesehen, die Fertigstellung der Rohbauarbeiten im Frühjahr 2015, einzelne Restleistungen mit Nachlauf gem. Erfordernis aus der Koordination mit den nachfolgenden Gewerken des Ausbaus.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)  
Hauptgegenstand: 45214610
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose:  
Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Hauptleistungen: Erd- und erweiterte Rohbauarbeiten bestehend aus Baugrubenherstellung, Tagwasserhaltung, Verbau, Kampfmittelräumung, Flach- und Tiefgründung, Beton-/Stahlbetonarbeiten, Traggerüste, Maurer- und Putzarbeiten, Abdichtungsarbeiten. Das Gebäude wird 5-geschossig ausgeführt – KG, EG, 1., 2., 3. OG. Bruttogeschossfläche: ca. 13.860 m<sup>2</sup>. Bruttorauminhalt: ca. 54.793 m<sup>3</sup>.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
Laufzeit: 15 Monate ab Auftragsvergabe.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:  
Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit der Bewerbung einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:  
Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung, VHB-Bund-Ausgabe 2008, Stand August 2012). Die Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 mit den vorgesehenen Angaben und Referenzen gem.

2220

Freitag, den 22. November 2013

Amtl. Anz. Nr. 93

Formblatt 444 sind mit dem Angebot einzureichen. Nachweis der zuständigen Versicherungsträger (nur für ausländische Bieter). Für alle Beteiligten von Bietergemeinschaften und für Subunternehmer sind ebenfalls die vorgenannten Angaben einzureichen. Bewerbungen, die die geforderten Angaben, Erklärungen oder Nachweise (auch Versicherungsnachweise) nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:  
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:  
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
EO 020-13
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja  
Vorinformation  
Bekanntmachungsnummer im ABI:  
2013/S 073-121561 vom 13. April 2013
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 14. Januar 2014.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 21. Januar 2014, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 7. März 2014
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
21. Januar 2014, 10.00 Uhr.  
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY,  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,  
Gebäude 11a, R012  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (falls zutreffend): Ja  
Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Gem. § 14 EG Abs. 1 VOB/A

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren  
Vergabekammern des Bundes  
beim Bundeskartellamt  
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,  
Deutschland  
Telefon: +49/228 94 99 - 0  
Telefax: +49/228 94 99 - 163  
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
13. November 2013

Hamburg, den 13. November 2013

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY** 979